

Positionspapier

Die Schule von morgen gestalten

Inhalt

Präambel: Den sozialen Zusammenhalt durch gute Bildung stärken	1
1 Mehr Chancengerechtigkeit für besseren Bildungserfolg für alle	2
Unsere Forderungen im Detail:	2
Die Grundschulzeit für längeres gemeinsames Lernen bis zur 6. Klasse verlängern ..	2
Eine flexible Schuleingangsphase nach dem Vorbild Brandenburgs schaffen	3
Ein zweigliedriges weiterführendes Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien einführen.....	3
Inklusive Bildung stärken und gemeinsames Lernen in den Schulen in den Vordergrund stellen.....	4
Kleine Schulen erhalten – insbesondere in ländlichen Räumen	4
Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen, auch für weiterführende Schulen.....	5
Ein Landesprogramm Schulsozialarbeit einführen	5
Sprachstandserhebung vor der Einschulung landesweit einführen und verpflichtende Sprachförderung sicherstellen	6
Lese- und Schreibförderung gezielt in den Unterricht und Ganztag integrieren	6
Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren ermöglichen – für mehr Lernzeit und weniger Leistungsdruck.....	7
2 Den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall bekämpfen.....	7
Unsere Forderungen im Detail:	8
Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte verbessern – Schule zum attraktiven Arbeitsort machen.....	8
Lehrkräfteausbildung praxisnah und bedarfsgerecht modernisieren.....	8
Seiteneinsteiger*innen besser qualifizieren, begleiten und gerecht entlohnen	9
Mehr Eigenverantwortung für Schulen ermöglichen.....	10

3	Vielfalt und Toleranz in der Schule stärken	10
	Unsere Forderungen im Detail:	11
	Integration von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte verbessern	11
	Queere Schüler*innen besser schützen.....	12
	Antidiskriminierung an den Schulen fördern.....	12
	Prävention von Mobbing fördern	12
	Demokratiebildung und Beteiligung stärken.....	13
4	Schüler*innen fit für die Zukunft machen – Digitale Bildung und Bildung zu digitaler Kompetenz.....	13
	Unsere Forderungen im Detail:	14
	Digitale Ausstattung für alle Schulen	14
	An allen Schulen IT- und Digitalexpert*innen einsetzen	15
	Digitale Kompetenzen der Schüler*innen fördern	15
	Pädagogisch sinnvollen Einsatz von KI fördern	16
5	Bildung effektiv und bedarfsgerecht finanzieren	16
	Unsere Forderungen im Detail:	17
	Investitionsoffensive für Schulgebäude.....	17
	Finanzielle Mittel über einen Schulsozialindex verteilen.....	17

Präambel: Den sozialen Zusammenhalt durch gute Bildung stärken

Bildung ist das Fundament für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Gesellschaft. Sie ermöglicht es Menschen, ihre Fähigkeiten zu entfalten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und unsere Demokratie aktiv mitzugestalten. Doch auch heute entscheidet in Sachsen-Anhalt – wie in ganz Deutschland – oft noch der Geldbeutel der Eltern über den Bildungsweg der Kinder. Die Chancen unterscheiden sich erheblich je nach Herkunft, Wohnort, Einkommen der Eltern, ob ein Kind eine Behinderung hat oder ob es mit einer Migrationsgeschichte aufwächst. Diese Ungerechtigkeit wird häufig über Generationen weitergegeben, verschärft soziale Spaltungen und gefährdet unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In Sachsen-Anhalt zeigt sich diese Ungleichheit besonders deutlich. Kinder aus benachteiligten Familien erreichen seltener höhere Bildungsabschlüsse, besuchen seltener ein Gymnasium und sind häufiger von Bildungsarmut betroffen. Der massive Lehrkräftemangel, vor allem an Sekundarschulen und in ländlichen Räumen, verschärft die Situation. Unterrichtsausfall, überlastete Lehrkräfte, ein starres Schulsystem und ungleiche Förderung verhindern, dass alle Kinder gute Chancen erhalten.

Wir, die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt, wollen das ändern. Wir kämpfen für Schulen, in denen jedes Kind willkommen ist, gesehen und individuell gefördert wird – unabhängig von den Startbedingungen. Denn Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Sie macht Kinder stark für die Zukunft.

Für uns ist Bildung kein Privileg, sondern wirklich ein Grundrecht. Unser Ziel ist klar: Wir kämpfen für eine gute Schulbildung für alle – für den sozialen Zusammenhalt, für ein selbstbestimmtes Leben und für eine starke Demokratie.

1 Mehr Chancengerechtigkeit für besseren

Bildungserfolg für alle

Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen auf gute Bildung hat – unabhängig davon, wo es lebt, wie viel Geld die Familie hat oder welche Sprache zuhause gesprochen wird. Schule darf die Ungleichheit nicht verstärken, sondern muss sie aktiv abbauen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kinder länger gemeinsam lernen können. Wir wollen die Grundschule bis zur sechsten Klasse verlängern und eine echte flexible Schuleingangsphase einführen, damit jedes Kind genug Zeit für seine Entwicklung bekommt. Neben den Gymnasien wollen wir verstärkt Gemeinschaftsschulen ausbauen, die alle Abschlüsse ermöglichen – unabhängig von der besuchten Schulform. Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam lernen, dafür stärken wir inklusive Angebote und bauen die Zahl der Förderschulen schrittweise ab. In ländlichen Regionen wollen wir kleine Schulstandorte erhalten. Mehr Ganztagsangebote, mehr Schulsozialarbeit und gezielte frühe Sprachförderung geben allen Kindern faire Chancen. Wir wollen, dass es in Sachsen-Anhalt wieder vermehrt möglich ist, nach 13 statt 12 Schuljahren das Abitur zu absolvieren. Damit schaffen wir mehr Lernzeit und weniger Druck.

Unsere Forderungen im Detail:

Die Grundschulzeit für längeres gemeinsames Lernen bis zur 6. Klasse verlängern

Durch die Aufteilung der Kinder bereits nach der 4. Klasse werden Bildungswege zu früh getrennt und soziale Unterschiede verfestigt. Eine Verlängerung der Grundschulzeit bis zur 6. Klasse ermöglicht es, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen und ihnen mehr Zeit für ihre persönliche und schulische Entwicklung zu geben. Studien zeigen, dass spätere Übergänge zu besseren Leistungen und mehr Bildungsgerechtigkeit führen. Auch die Übergangsentscheidung fällt später auf einer breiteren pädagogischen Grundlage. Davon profitieren insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien. Um die Grundschule

bis zur sechsten Klasse zu ermöglichen, braucht es eine Schulneu- und -ausbauoffensive, damit Gebäude mit entsprechender Größe entstehen. Ebenfalls können Schulcampus genutzt werden, bestehend aus Grundschulen und Gemeinschaftsschulen. Die Entstehung solcher Schulcampus muss gefördert werden.

Eine flexible Schuleingangsphase nach dem Vorbild Brandenburgs schaffen

In Sachsen-Anhalt gibt es zwar eine flexible Schuleingangsphase, doch in der Praxis wird sie kaum genutzt. Meist wechseln Kinder nach zwei Jahren automatisch in die dritte Klasse, unabhängig davon, ob sie mehr Zeit benötigen. Häufig fehlen den Schulen die nötigen Ressourcen, um diese Phase wirklich flexibel zu gestalten. Zudem lernen Erst- und Zweitklässler*innen meist getrennt, sodass der altersübergreifende Austausch fehlt. Brandenburg zeigt, wie es besser geht: Dort lernen Kinder von Anfang an in altersgemischten Gruppen und wechseln je nach Lern- und Entwicklungsstand nach ein, zwei oder drei Jahren in die dritte Klasse. Kinder, die schneller lernen, wechseln früher, andere erhalten ohne Stigmatisierung mehr Zeit. Dieses Modell schafft mehr Bildungsgerechtigkeit und kommt besonders Kindern zugute, die zu Schulbeginn noch Unterstützung brauchen. Wir fordern daher, die flexible Schuleingangsphase in Sachsen-Anhalt nach dem Brandenburger Modell neu zu gestalten und altersgemischte Lerngruppen verbindlich einzuführen. Die Schulen müssen dafür mit den notwendigen zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden.

Ein zweigliedriges weiterführendes Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien einführen

Das bisherige weiterführende Schulsystem führt dazu, dass der Bildungsweg der Kinder viel zu früh bestimmt wird und schränkt damit den Bildungserfolg vieler Kinder ein. Ein modernes zweigliedriges System mit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ermöglicht mehr Durchlässigkeit und eröffnet mehr Schüler*innen die Möglichkeit, alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur an einer Schule zu erreichen. Die Gemeinschaftsschule bietet ein Lernumfeld, in dem Kinder länger gemeinsam lernen und

81 ihre Talente entfalten können. Die Sekundarschule als Schulform wird damit überflüssig.
82 Dies erhöht die Chancengleichheit und vermeidet unnötige Selektion.

83

84 **Inklusive Bildung stärken und gemeinsames Lernen in den Schulen in den Vordergrund** 85 **stellen**

86 Noch immer besuchen viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf
87 Förderschulen und werden damit aus dem Regelsystem ausgegliedert. Stattdessen wollen
88 wir inklusive Lernangebote an allen Schulen ausbauen, sodass Kinder mit und ohne
89 Behinderung gemeinsam lernen können. Der Vorrang des gemeinsamen Lernens soll im
90 Schulgesetz festgeschrieben werden. Dafür braucht es mehr Personal, Fortbildungen und
91 gute Rahmenbedingungen sowie die bauliche Ertüchtigung von Schulgebäuden. Die
92 Trennung durch Förderschulen führt zu Stigmatisierung und mindert die Bildungschancen
93 der Kinder. Ziel muss es sein, dass immer mehr Förderschulen in Regelschulen aufgehen.
94 Insbesondere die Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen wollen wir abschaffen.
95 Andere Bundesländer wie Niedersachsen sind diesen Weg bereits gegangen. Wir wollen
96 diesem Beispiel folgen. So werden Barrieren abgebaut, Inklusion im Klassenzimmer wird
97 Normalität, und Kinder lernen frühzeitig soziale Kompetenzen im Umgang miteinander.
98 Inklusion ist nicht nur ein Bildungsziel, sondern eine Frage der Gerechtigkeit. Denn Kinder
99 mit Behinderung haben das Recht auf Zugang zu Bildung und gleichberechtigte Teilhabe
100 an unserem Bildungssystem.

101

102 **Kleine Schulen erhalten – insbesondere in ländlichen Räumen**

103 Kurze Schulwege, vertraute Lernumgebungen und eine enge Einbindung in die
104 Dorfgemeinschaft sind gerade in ländlichen Regionen von großer Bedeutung. Dennoch
105 sind kleine Grundschulen immer wieder von Schließung bedroht, oft allein wegen zu
106 geringer Schüler*innenzahlen. Wir lehnen es ab, den Erhalt von Schulen nur von
107 Mindestschüler*innenzahlen oder starren Klassengrößen abhängig zu machen. Auch
108 kleine Schulen erfüllen einen wichtigen Bildungs- und Sozialauftrag – gerade dort, wo
109 Alternativen weit entfernt oder kaum erreichbar sind. Das Land Brandenburg zeigt mit

110 dem Modell der „kleinen Grundschule“, dass solche Standorte erhalten und pädagogisch
111 sinnvoll gestaltet werden können. Dort gelten besondere schulorganisatorische
112 Regelungen für Grundschulen mit sinkender Schüler*innenzahl. Diese Schulen arbeiten
113 oft mit jahrgangsübergreifenden Klassen und erhalten zusätzliche Unterstützung, um
114 trotz geringer Schüler*innenzahlen gute Bildungsangebote machen zu können. Die
115 „kleinen Grundschulen“ sind fester Bestandteil der Bildungslandschaft und stärken das
116 Leben vor Ort. Wir wollen dieses Modell auch für Sachsen-Anhalt. Kleine Schulen müssen
117 verlässlich abgesichert und gestärkt werden. Denn auch der wohnortsnahe Zugang zu
118 Bildung stärkt die Chancengerechtigkeit.

119

120 **Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen, auch für weiterführende Schulen**

121 Ganztagsangebote sind mehr als nur Betreuung – sie schaffen Bildungs- und
122 Teilhabechancen unabhängig vom Elternhaus. In Sachsen-Anhalt sind Grundschulen im
123 Bereich der Ganztagsbetreuung bereits gut aufgestellt. An den weiterführenden Schulen
124 ist dies noch nicht überall der Fall. Wir wollen Ganztagsangebote flächendeckend und
125 qualitativ ausbauen und sie pädagogisch sinnvoll an den Schulalltag anpassen. Dafür ist
126 die bisherige starre Aufteilung von früher Betreuung, Schulunterricht und
127 Nachmittagsbetreuung im Hort zu überdenken. Wir wollen insbesondere, dass
128 Freizeitangebote in Sport, Kultur und Musik allen Kindern über ein Ganztagschulsystem
129 zugänglich gemacht werden – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Zur Gestaltung von
130 Ganztagsangeboten ist es sinnvoll, individuelle Lösungen und Modelle vor Ort an den
131 Schulen zu entwickeln. Dafür ist es wichtig, Qualitätsmerkmale zu definieren, an denen
132 sich die individuellen Modelle von Ganztagsbeschulung in den Schulen orientieren
133 können.

134

135 **Ein Landesprogramm Schulsozialarbeit einführen**

136 Sachsen-Anhalt hat eine der höchsten Schulabbruchsquoten bundesweit. Zu viele
137 Schüler*innen verlassen hier die Schule ohne Schulabschluss. Das hat gravierende Folgen
138 für den weiteren Lebensweg. Schulsozialarbeiter*innen stellen die Bedürfnisse der

139 Schüler*innen in den Vordergrund und werden bei Problemen in der Schule aktiv. Sie
140 verhindern damit aktiv Schulabstinz. Gleichzeitig betreiben Schulsozialarbeiter*innen
141 auch Prävention und tragen zu einem guten Schulklima bei. Unser Ziel ist, dass es an jeder
142 Schule mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in gibt. Dass das möglich ist, zeigen
143 Erfahrungen aus anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, in dem es an fast jeder
144 Schule eine Schulsozialarbeitsstelle gibt. Dafür wollen wir ein Landesprogramm
145 Schulsozialarbeit, in dem Land und Kommunen gemeinsam die Finanzierung der
146 Schulsozialarbeit übernehmen. Nur durch ein solches Landesprogramm kann
147 Schulsozialarbeit an Schulen langfristig abgesichert werden, und
148 Schulsozialarbeiter*innen erhalten die notwendige Planbarkeit, die ihre Arbeit braucht.
149 Für hochverschuldete Kommunen braucht es einen vom Land aufgelegten Nothilfefonds
150 Schulsozialarbeit, damit Schulsozialarbeit in den Kommunen nicht aufgrund fehlender
151 finanzieller Mittel eingestellt wird.

152

153 **Sprachstandserhebung vor der Einschulung landesweit einführen und verpflichtende**
154 **Sprachförderung sicherstellen**

155 Sprache, Schreiben und Lesen sind die Grundlage für das Lernen und damit die Grundlage
156 für Schulerfolg. Doch viel zu oft werden Kinder eingeschult, die erhebliche Sprachdefizite
157 haben, welche aufgrund eines fehlenden Screenings bisher unerkannt bleiben. Eine
158 landesweite Sprachstandserhebung für alle Kinder vor der Einschulung soll sicherstellen,
159 dass Sprachdefizite bei Kindern rechtzeitig erkannt werden. Bei festgestellten
160 Sprachdefiziten sollte es eine verpflichtende zusätzliche und bedarfsgerechte
161 Sprachförderung geben. So kann der Start in die Schule für alle Kinder gelingen, und
162 Bildungsungleichheiten werden schon früh reduziert.

163

164 **Lese- und Schreibförderung gezielt in den Unterricht und Ganztag integrieren**

165 Lesen und Schreiben sind die Basis für alle weiteren Bildungsprozesse. Kinder sollen in
166 der Grundschule mehr Zeit für Lese- und Schreibtrainings erhalten. Diese sind sowohl in
167 den Regelunterricht als auch in die Bildungsangebote außerhalb des Unterrichts in einem

168 Ganztagsmodell sinnvoll zu integrieren. Zusätzlich sollen Leseprojekte, Bibliotheksarbeit
169 und Lesepatenschaften stärker gefördert werden. Ziel ist es, die Lese- und
170 Schreibkompetenz aller Kinder zu verbessern.

171

172 **Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren ermöglichen – für mehr Lernzeit und weniger** 173 **Leistungsdruck**

174 Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre hat vielerorts zu mehr Stress und weniger
175 vertiefter Bildung geführt. Viele Bundesländer gehen deswegen jetzt den Schritt zurück
176 und führen wieder das Abitur nach 13 Schuljahren ein – kurz: G9. Wir wollen auch in
177 Sachsen-Anhalt an mehr Schulen ermöglichen, nach 13 Schuljahren das Abitur zu
178 erhalten. Durch die Einführung von G9 erhalten Schüler*innen mehr Zeit für individuelles
179 Lernen, Persönlichkeitsentwicklung und Engagement im sozialen und kulturellen Bereich.

180

181 **2 Den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall** 182 **bekämpfen**

183 Der Lehrkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für das Bildungssystem in
184 Sachsen-Anhalt. Schon heute fehlen an vielen Schulen gut ausgebildete Lehrkräfte –
185 besonders in ländlichen Regionen und an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Für viele
186 Schüler*innen bedeutet das: Unterricht fällt aus, Förderangebote fehlen und der
187 Schulalltag wird von Vertretungsstunden bestimmt. Die Lehrkräfte, die noch unterrichten,
188 arbeiten oft am Limit, sind überlastet und verlassen den Schuldienst immer häufiger
189 frühzeitig.

190 Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Lehrkräfte von unterrichtsfernen Aufgaben
191 entlastet werden und sich damit besser auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren
192 können: das Unterrichten. Damit Lehrkraft zu sein wieder ein attraktives Berufsziel wird,
193 muss zugleich die Lehrkräfteausbildung reformiert sowie bedarfsgerechter und
194 praxisnäher ausgerichtet werden. Auch der Seiteneinstieg braucht klare,

195 qualitätsgesicherte Wege. Wir wollen erreichen, dass wieder mehr Menschen Lehrkraft
196 werden wollen – und bleiben.

197

198 **Unsere Forderungen im Detail:**

199

200 **Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte verbessern – Schule zum attraktiven Arbeitsort** 201 **machen**

202 Wir wollen, dass Lehrkräfte sich wieder auf ihren Kernauftrag konzentrieren können: guten
203 Unterricht und die individuelle Förderung der Schüler*innen. Dafür müssen sie von
204 unterrichtsfernen Aufgaben entlastet werden. Wir fordern den flächendeckenden Einsatz
205 multiprofessioneller Teams aus Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen,
206 Gesundheitsexpert*innen sowie Verwaltungs- und IT-Fachkräften. Auch der bauliche
207 Zustand der Schulen muss verbessert werden. Lehrkräfte brauchen eigene Arbeitsräume,
208 um ihre Aufgaben vor- und nachzubereiten, ohne auf das Homeoffice angewiesen zu sein.
209 So können sie besser zwischen Berufs- und Privatleben trennen. Gleichzeitig sollen
210 finanzielle Anreize geschaffen werden, etwa Zulagen für Lehrkräfte und
211 Seiteneinsteiger*innen, die in Mangelfächern oder in strukturschwachen Regionen
212 unterrichten. Lehrkräfte stehen im Alltag oft unter hohem psychischem Druck. Wir fordern
213 daher, an allen Schulen Supervisionsangebote einzuführen, damit Lehrkräfte belastende
214 Situationen professionell aufarbeiten, sich austauschen und Lösungen entwickeln können.
215 Unser Ziel: Schulen sollen Orte sein, an denen Lehrkräfte gern und dauerhaft arbeiten.

216

217 **Lehrkräfteausbildung praxisnah und bedarfsgerecht modernisieren**

218 Die Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt muss zukunftsfähig reformiert werden. Wir
219 fordern die Einführung eines Stufenlehramts, das das bisher getrennt nach Schulformen
220 stattfindende Lehramtsstudium ablöst. Statt getrennter Lehrämter für Gymnasien und
221 Sekundarschulen soll ein altersstufenbezogenes Lehramt geschaffen werden. Besonders
222 für den Unterricht an Gemeinschaftsschulen und den flexiblen Einsatz von Lehrkräften bei

223 Lehrer*innenmangel notwendigen Abordnungen bietet dieses Modell große Vorteile. Das
224 Grundschullehramt soll zu einem Primarstufenlehramt weiterentwickelt werden, in dem
225 die angehenden Lehrkräfte neben Unterrichtsfächern auch Sonderpädagogik studieren,
226 um die Inklusion insbesondere an Grundschulen zu stärken. Zusätzlich wollen wir, dass
227 neben dem Zwei-Fach-Lehramt auch ein Ein-Fach-Lehramt ermöglicht wird, insbesondere
228 für die Fächer Kunst, Musik, und Sport. Das duale Lehramtsstudium soll ausgebaut und an
229 beiden Universitäten im Land dauerhaft etabliert werden. Gleichzeitig wollen wir an
230 beiden Universitätsstandorten eine Erweiterung der Studienangebote, um eine bessere
231 regionale Versorgung zu sichern. Ebenfalls ist zu überprüfen, inwieweit auch an
232 Hochschulen die Lehramtsausbildung angeboten und dadurch ein leichter Zugang zum
233 Lehramtsstudium auch ohne Abitur geschaffen werden kann. Das Referendariat wollen wir
234 deutlich verbessern: Die Vergütung soll spürbar erhöht werden. Zusätzlich fordern wir eine
235 verbesserte Begleitung der Referendar*innen durch erfahrene Lehrkräfte.

236

237 **Seiteneinsteiger*innen besser qualifizieren, begleiten und gerecht entlohnen**

238 Seiteneinsteiger*innen leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Unterrichts,
239 besonders in ländlichen Räumen und in Mangelfächern. Doch sie werden oft unzureichend
240 vorbereitet und begleitet. Wir wollen die Qualität und Attraktivität des Seiteneinstiegs
241 deutlich verbessern. Alle Seiteneinsteiger*innen sollen von Beginn an an einer
242 verbindlichen, kostenfreien berufsbegleitenden Qualifizierung teilnehmen, die
243 pädagogische, didaktische und psychologische Kompetenzen vermittelt. Wir fordern, dass
244 bereits absolvierte Zertifikatskurse auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden
245 können, um Doppelbelastungen zu vermeiden. Der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst
246 muss auch in Teilzeit möglich sein. Zudem müssen Seiteneinsteiger*innen im Schulalltag
247 von erfahrenen Mentor*innen begleitet werden, wofür diese ausreichend
248 Anrechnungsstunden erhalten. Damit die Einarbeitung gelingt, darf es im ersten Jahr keine
249 Klassenleiter*innenfunktion oder zusätzliche außerunterrichtliche Aufgaben geben. Nach
250 fünf Jahren im Schuldienst und erfolgreicher Qualifizierung sollen Seiteneinsteiger*innen
251 die gleichen Aufstiegschancen und die gleiche Bezahlung wie grundständig ausgebildete

252 Lehrkräfte erhalten. Ein transparenter und beschleunigter Anerkennungsprozess der
253 vorhandenen Berufs- und Studienabschlüsse ist hierfür zwingend notwendig.

254

255 **Mehr Eigenverantwortung für Schulen ermöglichen**

256 Viele Schulen in Sachsen-Anhalt sind durch den Lehrkräftemangel und hohe soziale
257 Herausforderungen stark belastet. Gleichzeitig fehlt es ihnen oft an
258 Gestaltungsspielräumen, um eigene, passgenaue Lösungen für ihre Situation vor Ort zu
259 entwickeln. Wir wollen den Schulen mehr Eigenverantwortung geben, um
260 Unterrichtsausfall flexibel abzufedern und pädagogisch sinnvolle Konzepte umzusetzen.
261 Dazu gehört die Möglichkeit, innovative Modelle wie „4+1“ zu erproben – also vier Tage
262 Präsenzunterricht und ein zusätzlicher Projekttag für selbstorganisiertes Lernen,
263 Berufsorientierung oder Praxisprojekte. Auch alternative Stundentafeln,
264 Ganztagskonzepte und Kooperationen mit außerschulischen Partner*innen sollen leichter
265 und unbürokratischer möglich sein. Dafür soll jede Schule in Sachsen-Anhalt über ein
266 flexibles Schulbudget verfügen. Schulleitungen sollen eigenständig über diese Mittel
267 entscheiden können. Damit können sie unbürokratisch und schnell auf besondere
268 Herausforderungen, wie zum Beispiel plötzlichen Personalausfall, reagieren. Das
269 Schulbudget kann für externe Angebote, Lernförderungen oder die Unterstützung durch
270 Honorarkräfte eingesetzt werden. Die Entscheidung über den Einsatz dieses Budgets muss
271 vor Ort getroffen werden können. Wir fordern dafür verlässliche rechtliche
272 Rahmenbedingungen und eine entsprechende langfristige finanzielle Ausstattung.

273

274 **3 Vielfalt und Toleranz in der Schule stärken**

275 Schulen sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen, sich begegnen
276 und ihre Persönlichkeit entfalten. Gerade in unserer vielfältigen Gesellschaft übernehmen
277 Schulen eine wichtige Aufgabe: Sie bringen Menschen mit unterschiedlichen
278 Lebensgeschichten, Kulturen, Sprachen und Erfahrungen zusammen. Diese Vielfalt ist eine
279 große Chance für alle. Sie fördert Weltoffenheit, Empathie und gegenseitigen Respekt.

Doch damit dies gelingt, müssen Schulen aktiv darin unterstützt werden, Vielfalt bewusst zu gestalten. Wir wollen, dass jede Schule ein Ort ist, an dem sich alle Schüler*innen, unabhängig von ihrer Herkunft, Sprache, Behinderung, Religion oder sexuellen Orientierung, sicher und wohl fühlen. Damit das gelingt, brauchen wir Schulen, die demokratische Werte im Alltag leben und die Vielfalt ihrer Schüler*innen als Bereicherung sehen. Durch verbesserte Integration, Demokratiebildung, Antimobbingarbeit und Antidiskriminierungsarbeit sowie eine offene Schulkultur stärken wir das Miteinander in der Schule.

Unsere Forderungen im Detail:

Integration von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte verbessern

Alle Schüler*innen sollen unabhängig von ihrer Herkunft erfolgreich lernen können. Kinder und Jugendliche, die nach Deutschland geflohen oder migriert sind und in Sachsen-Anhalt ihr Zuhause gefunden haben, lernen am besten Deutsch, wenn sie so schnell wie möglich in regulären Schulklassen aufgenommen werden. Willkommensklassen für junge Geflüchtete und Migrant*innen lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für eine möglichst schnelle Einschulung und Integration in den Unterricht an der Schule ein. Damit das gelingt, müssen wir Schulen gezielt für die Herausforderungen in der Integration stärken. Wir fordern, dass Schulen, die Kinder mit wenig oder keinen Deutschkenntnissen aufnehmen, verbindlich mit zusätzlichen Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ausgestattet werden. Zusätzlich sollen Sprach- und Kulturmittler*innen eingestellt werden, die den Kontakt zwischen Schule, Eltern und Schüler*innen erleichtern. Um die Elternbeteiligung zu verbessern, sollen Schulen mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote vorhalten. Das Schulpersonal und insbesondere Lehrkräfte sollen in den Bereichen Integration, Antidiskriminierung und rassismuskritische Bildung fortgebildet werden.

Queere Schüler*innen besser schützen

Queere Kinder und Jugendliche sind im Schulalltag besonders oft Diskriminierung ausgesetzt. Damit Schule ein sicherer Ort für alle ist, fordern wir, dass es für alle Schulen ein Schutz- und Handlungskonzept gegen Queerfeindlichkeit gibt. Dazu gehören eine Anlaufstelle im Bildungsministerium zur Dokumentation von Diskriminierungsfällen sowie mobile Beratungs- und Unterstützungsangebote für betroffene Schüler*innen und Lehrkräfte, auch in ländlichen Regionen. Die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt müssen in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und fächerübergreifend in den Lehrplänen verbindlich verankert werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Schulgebäude – insbesondere Sanitär- und Umkleieräume – sicher und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

Antidiskriminierung an den Schulen fördern

Wir setzen uns dafür ein, dass in Sachsen-Anhalt für Schulen eine unabhängige landesweite Antidiskriminierungs- und Beschwerdestelle eingerichtet wird, an die sich Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte zur Meldung von Vorfällen und zur Beratung im Umgang mit diesen wenden können. Außerdem sollen Unterrichtsmaterialien auf diskriminierungssensible Sprache und Darstellung überprüft werden.

Prävention von Mobbing fördern

Wir wollen, dass kein Kind mit Angst zur Schule geht. Denn Mobbing, ob im Klassenzimmer oder online, beeinträchtigt die psychische Gesundheit von Schüler*innen erheblich. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass Mobbingpräventionsprogramme eingeführt und in den Schulalltag integriert werden. Im Schulpersonal sollen einige zu Streitschlichter*innen weitergebildet werden, und es sollen mindestens einmal im Jahr Anti-Mobbing-Workshops an Schulen stattfinden. Jährlich soll ein landesweiter „Anti-Mobbing-Tag“ stattfinden, der in allen Schulen genutzt wird, um mit den Schüler*innen das soziale Miteinander zu stärken und Mobbing als Problem sichtbar zu machen.

336

337 **Demokratiebildung und Beteiligung stärken**

338 Damit Schüler*innen das Leben in der Demokratie erlernen, muss Demokratie auch im
339 Schulalltag erfahrbar sein. Schüler*innen sollen frühzeitig echte Mitbestimmung erleben.
340 Deshalb fordern wir neben Schüler*innenvertretungen auch die Einführung weiterer
341 Gremien wie Klassenräte und Schüler*innenparlamente. In der Schulkonferenz sollen
342 Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte sowie die Schulleitung gleichberechtigt
343 mitbestimmen. Schüler*innenvertretungen brauchen rechtlich gesicherte Zeiten für
344 regelmäßige Treffen während der Unterrichtszeit und das Recht, eigene Anträge an die
345 Schulkonferenz zu stellen – inklusive einer verpflichtenden Begründung bei Ablehnung
346 durch die Schulleitung. Jede Schule soll eine*n gewählte*n Berater*in für
347 Schüler*innenvertretungen vorhalten, der*die ausreichend Zeit zur Unterstützung
348 bekommt. Zudem sollen Schüler*innenvertretungen über ein eigenes Budget verfügen.
349 Eine landesweite Ombudsstelle soll Schüler*innenvertretungen bei Konflikten
350 unterstützen. Demokratiebildung soll als Leitprinzip fächerübergreifend in den
351 Schulalltag integriert werden. Schüler*innen sollen auch die Inhalte des Unterrichts aktiv
352 mitgestalten können, denn die Lehrpläne bieten ausreichend Flexibilität dafür. Das
353 Schulpersonal soll gezielt für Demokratiepädagogik fortgebildet werden. Das Netzwerk
354 „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wollen wir weiter stärken – sowohl
355 personell wie auch finanziell.

356

357 **4 Schüler*innen fit für die Zukunft machen –**

358 **Digitale Bildung und Bildung zu digitaler**

359 **Kompetenz**

360 Digitalisierung bietet große Chancen für bessere Bildung und mehr Chancengerechtigkeit.
361 Allerdings nur dort, wo sie sinnvoll eingesetzt wird. Zu oft scheitert digitale Bildung an

362 fehlender Technik, unzureichender Unterstützung und Überforderung im Schulalltag. In
363 Sachsen-Anhalt sind viele Schulen immer noch nicht ausreichend ausgestattet oder
364 haben kaum Personal, das sich um die digitale Infrastruktur kümmert. Dabei sind digitale
365 Kompetenzen heute so wichtig wie das Lesen, Schreiben und Rechnen. Schule sollte
366 Kinder und Jugendliche dazu befähigen, sich sicher, kritisch und kreativ in der digitalen
367 Welt zu bewegen. Dazu gehört nicht nur der Umgang mit Technik, sondern auch das
368 Verständnis für gesellschaftliche und ethische Fragen der Digitalisierung, insbesondere
369 im Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Gleichzeitig kann digitale Bildung auch dafür
370 genutzt werden, den Unterricht zu bereichern – etwa durch digitale Lernplattformen,
371 adaptive Lernsysteme oder KI-gestützte Unterstützungsangebote. Damit das gelingt,
372 braucht es eine bessere technische Ausstattung, gezielte Unterstützung der Lehrkräfte
373 und eine klare pädagogische Strategie. Wir wollen, dass digitale Bildung überall dort
374 ermöglicht wird, wo sie pädagogisch sinnvoll ist, und dabei alle Schüler*innen unabhängig
375 von ihrem sozialen Hintergrund erreicht. Ziel ist es, mit digitalen Werkzeugen
376 eigenständiges Lernen, Kreativität, Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit zu fördern.

378 **Unsere Forderungen im Detail:**

380 **Digitale Ausstattung für alle Schulen**

381 Wir wollen, dass alle Schulen in Sachsen-Anhalt flächendeckend mit moderner digitaler
382 Infrastruktur ausgestattet werden. Dazu gehören schnelles Internet, stabile WLAN-Netze,
383 interaktive Tafeln, Endgeräte für alle Schüler*innen und Lehrkräfte sowie sichere
384 Lernplattformen. Wir befürworten das „bring your own device“-Prinzip, also dass
385 Schüler*innen und Lehrkräfte auch eigene digitale Geräte im Unterricht nutzen können.
386 Es muss dabei allerdings sichergestellt werden, dass alle, die kein eigenes Endgerät haben,
387 eines zur Verfügung gestellt bekommen. Niemand darf nur aufgrund fehlender finanzieller
388 Voraussetzungen von der digitalen Bildung ausgeschlossen werden. Wir fordern
389 deswegen ein Landesprogramm, um bei Schüler*innen aus einkommensschwachen
390 Familien Zugang zu Endgeräten, Lernsoftware und Internet abzusichern.

391

392 **An allen Schulen IT- und Digitalexpert*innen einsetzen**

393 Es reicht nicht nur, Tablets, Laptops und digitale Tafeln an den Schulen zu haben, wenn sie
394 nicht genutzt werden, weil man sich im Umgang mit diesen unsicher ist. Damit sich weder
395 Lehrkräfte noch Schüler*innen beim Einsatz von digitalen Geräten und der Verwendung
396 von Selbstlernplattformen überfordert fühlen, setzen wir uns dafür ein, dass es an jeder
397 Schule IT- und Digitalassistent*innen gibt. Diese sollen den technischen Support
398 sicherstellen und insbesondere Lehrkräfte bei der Nutzung von Soft- und Hardware für
399 den Unterricht unterstützen und beraten.

400

401 **Digitale Kompetenzen der Schüler*innen fördern**

402 Wir wollen, dass alle Schüler*innen fit für die Zukunft gemacht werden. Dazu gehört auch,
403 dass digitale Kompetenzen bei Schüler*innen gestärkt werden. Heutzutage kommen
404 Kinder schon sehr früh mit der digitalen Welt in Berührung, deswegen muss die digitale
405 Bildung auch möglichst früh in der Grundschule beginnen und bis zum Schulabschluss
406 fortgesetzt werden. Digitale Bildung muss umfassende Medienkompetenzen erhalten und
407 unter anderem Themen wie kritisches Denken zur Informationsbewertung, Urheberrecht,
408 Datenschutz, den Umgang mit Künstlicher Intelligenz und so weiter umfassen. Digitale
409 Bildung soll fächerübergreifend in allen Schulstufen vermittelt werden und muss
410 verbindlich in den Lehrplänen verankert sein.

411 Damit digitale Bildung gelingt, müssen Lehrkräfte für die Nutzung digitaler
412 Unterrichtsmethoden und Unterrichtsmittel entsprechend fortgebildet und unterstützt
413 werden. Deswegen sollen die Themen digitale Didaktik und Medienbildung in der Aus-
414 und Weiterbildung der Lehrkräfte gestärkt werden. Damit digitale Bildung gelingt, müssen
415 Lehrkräfte für die Nutzung digitaler Unterrichtsmethoden und Unterrichtsmittel
416 entsprechend fortgebildet und unterstützt werden.

417

Pädagogisch sinnvollen Einsatz von KI fördern

Künstliche Intelligenz kann Lernprozesse unterstützen, darf aber die pädagogische Verantwortung nicht ersetzen. Wir fordern deswegen, dass KI-gestützte Lernplattformen, digitale Assistenzsysteme und adaptive Lernangebote gezielt eingesetzt werden dürfen, wo sie Lehrkräfte entlasten und Schüler*innen fördern. Gleichzeitig müssen Schüler*innen den kritischen Umgang mit KI lernen. Dafür braucht es verbindliche Inhalte in der Medien- und Demokratiebildung.

5 Bildung effektiv und bedarfsgerecht finanzieren

Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen. Die Grundlage dafür ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Schulen. Doch in Sachsen-Anhalt wurde im Bildungsbereich über Jahre gekürzt, um den Landeshaushalt zu entlasten. Der Lehrkräftemangel ist nicht nur demografisch bedingt, sondern auch Folge dieser Sparpolitik der 2010er Jahre. Damals wurden Lehramtsstudienplätze abgebaut und über Jahre hinweg kaum neue Lehrkräfte eingestellt. Zwar konnte diese Politik mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung gestoppt werden, doch die Folgen sind bis heute spürbar. Auch die maroden Schulgebäude sind Folge jahrelanger Sparmaßnahmen. Bislang fließen Mittel nach dem Prinzip „Gießkanne“ an die Schulen. Davon profitieren vor allem Schulen, die ohnehin gut ausgestattet sind. Schulen in strukturschwachen Regionen oder mit vielen Kindern aus einkommensarmen Familien oder mit Migrationsgeschichte erhalten dagegen oft zu wenig. Damit alle Kinder unabhängig von Herkunft und Wohnort gute Bildungschancen haben, muss die Schulfinanzierung endlich gezielt an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden – mit klaren Kriterien, die soziale, regionale und demografische Faktoren berücksichtigen.

444 **Unsere Forderungen im Detail:**

445

446 **Investitionsoffensive für Schulgebäude**

447 Wir wollen, dass kein Kind eine Schule besucht, in der Toiletten kaputt, Decken und Wände
448 beschädigt sind oder Räume so schlecht belüftet werden, dass es kaum auszuhalten ist.
449 Deshalb muss massiv in die Schulgebäude investiert werden. Sachsen-Anhalt wird in den
450 kommenden Jahren mehr Geld zur Verfügung haben als je zuvor. Wir fordern, dass ein
451 größerer Anteil dieser Mittel direkt an die Kommunen geht, denn sie wissen am besten,
452 wo die dringendsten Sanierungen nötig sind. Gleichzeitig braucht es vom Land eine
453 deutliche Aufstockung der Förderprogramme für den Schulbau und die Schulsanierung.

454

455 **Finanzielle Mittel über einen Schulsozialindex verteilen**

456 Wir fordern die Einführung eines landesspezifischen Schulsozialindex, über den Gelder
457 und Förderprogramme für Schulen verteilt werden. Dieser soll soziale, regionale und
458 demografische Faktoren berücksichtigen. Schulen mit vielen Kindern aus
459 einkommensarmen Familien oder mit Migrationsgeschichte sollen dadurch gezielt mehr
460 Ressourcen erhalten. Auch der Erhalt von Schulen in ländlichen Räumen und die
461 Sicherstellung der Beschulung vor Ort sollen über den Index gefördert werden. So stellen
462 wir sicher, dass Mittel nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern
463 dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.